

Erfahrungen einer Recherche

Zur differenzierten Betrachtung und Aufklärung von studentischer politischer Opposition an DDR-Hochschulen nach 1961

Martin Morgner
Jena

Die wesentlichen Veröffentlichungen zur ostdeutschen Hochschulforschung in Bezug auf studentische politische Opposition an DDR-Hochschulen betonen und würdigen den herausragenden Stand der Aufarbeitung an der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena. In ihrem Forschungsbericht über den

„Umgang der ostdeutschen Hochschulen mit ihrer Zeitgeschichte“ räumen Daniel Hechler und Peer Pasternack (2011) dem Vergleich der diesbezüglichen Aktivitäten der Hochschulen in Jena und Berlin ein Unterkapitel ein und werten so die Bemühungen an der eher kleinen Jenaer Universität auf (ebd: 173-180). Auch Ilko-Sascha Kowalczyk hob in seinem Beitrag auf der Konferenz über Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR im Mai 2010 an der Freien Universität in Berlin hervor, dass die Universität Jena mit „ihren zwei voluminösen Bänden eine große Ausnahme“ bilde, was den DDR-Anteil an der Aufarbeitung der eigenen Universitätsgeschichte angeht (Kowalczyk 2011: 367).

In einem Gastbeitrag für die damit gemeinten Studienbände, die sich unter dem Titel „Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990)“ ausschließlich mit der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung der SBZ/DDR-Periode beschäftigen, plädiert der Leipziger Historiker Rainer Eckert (2007: 2166-2169) für eine verstärkte Erforschung von Opposition und Widerstand an den ost-

deutschen Universitäten. In seinem jüngsten Beitrag zu diesem Thema konstatiert Eckert (2012: 65), „dass einzelne Universitäten durchaus respektable Ansätze mit dem Ziel auf den Weg brachten, das Schweigen zu durchbrechen“. Er verweist dabei wieder auf die FSU Jena und deren 1992 unternommenen ersten Versuch zur Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit und der moralischen Rehabilitierung der Opfer.

Mit mehreren Aufsätzen über politische Verfolgung in den genannten Studienbänden, mit der Bildung einer „Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert“ im Jahr 1998, sowie der Durchführung einer Tagung im November 2008 und dem 2012 publizierten Tagungsband (Kaiser/Mestrup 2012) dokumentierte die Leitung der Friedrich-Schiller-Universität Jena ihr Interesse an der jüngsten Geschichte ihrer Hochschule.

Wie wirken diese Aktivitäten nach außen? Welche Folgen können die daraus gewonnenen Erkenntnisse für die eigene Geschichtspolitik haben? Welche tagespolitischen Probleme können aus der Aufarbeitung der eigenen jüngeren Vergangenheit entstehen? An welche Grenzen führt die Aufklärungsarbeit der zeitgeschichtlichen Forschungen?

Forschungsauftrag: Möglichkeiten und Grenzen der Realisierung

Günstige Bedingungen zur Aufarbeitung der jüngsten Universitätsgeschichte Jenas bestanden einerseits im Bekenntnis der amtierenden Rektoren zu dieser inneruniversitären Aufgabe,¹ andererseits in der sehr guten Quellenbasis. Sowohl im Universitätsarchiv Jena als auch im Thüringer Staatsarchiv Rudolstadt, das die Nachlässe des ehemaligen Bezirksparteiarchivs der SED Gera und damit eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten der Universitätsparteileitung (UPL) Jena verwahrt, steht ein großer Fundus von Material zum Thema „Politische Opposition an der FSU“ zur Verfügung.

¹ Vgl. dazu das Geleitwort des Jenaer Rektors Klaus Dicke in Hoßfeld/Kaiser/Mestrup (2007, 11f.): „Den vorliegenden Bänden sind zahlreiche Diskussionen zu wünschen – an der Friedrich-Schiller-Universität und darüber hinaus. Noch einmal: dies ist gewollt. Den Grund dafür hat der erste frei gewählte Rektor an der Friedrich-Schiller-Universität nach der Wende, Magnifizenz Ernst Schmutzer, im ersten Satz seines Vorworts zum ersten der ‚Vergangenheitsklärung‘ der FSU gewidmeten Band so formuliert: ‚Die demokratische Erneuerung der Friedrich-Schiller-Universität Jena schließt ein Nachdenken über ihre Vergangenheit in den Jahren 1949 bis 1989 ein.‘“

Vor diesem Hintergrund war dem Autor 2005 von der Senatskommission ein *geschichtspolitischer* Auftrag gestellt worden: Es sollte eine Liste von *politisch* Verfolgten, eine Übersicht z.B. von zwangsweise exmatrikulierten Studierenden, erstellt werden. Die Umsetzung dieses Auftrags stieß dann aber an Grenzen, die sowohl in der Sache selbst, als auch in den entsprechenden Vorgängen und Biografien sowie deren Aufarbeitung lagen.

Den Ausgangspunkt der Probleme bildete eine DDR-bezogene Asymmetrie selbst. Sie führte zu dem Versuch, Erscheinungen in der DDR-Gesellschaft nach der staatspolitischen Abschottung 1961 mit den methodischen Mitteln der Periode von 1945-1960 zu bearbeiten – ein Versuch, der sich als fehlerhaft herausstellen sollte. Während des Abschnitts 1945-1961 waren Fragen nach Verurteilungen, Zwangsexmatrikulationen, Zuchthaus- und sogar Todesstrafen gegen Universitätsangehörige und deren Registrierung in „Übersichten“ sinnvoll und angemessen. Nach 1961, besonders seit Mitte der sechziger Jahre, jedoch änderten sich die Methoden von Repression, Disziplinierung und Restriktion seitens der SED-Apparate an den Hochschulen der DDR qualitativ wesentlich.

Dennoch bildete der Auftrag zu einer als Gedenkzeichen anvisierten „Liste politisch Verfolgter“ als öffentlicher „Gedenktafel“ (in welcher Form auch immer) den Ausgangspunkt der Forschungen, wenn auch unter einem produktiven Vorbehalt:

„Eine ‚Übersicht‘ kann Beispiele anführen, kann Schicksale schildern. [...] Trotz der absehbaren Mängel und der zu erwartenden Unvollständigkeit soll es eine solche verkürzte und verkürzende ‚Liste‘ geben. Hinter dieser Liste liegt ein Forschungsfeld, das zu bestellen auch Regeln erfordern wird. Regeln, die während der Recherchen formuliert und diskutiert werden sollen.“ (Morgner 2007: 2241).

Im Verlauf der 2005 begonnenen Auswertung der Archivrecherchen musste erkannt werden, dass es ein breites Spektrum von (Sonder-)Fällen gibt, das die jeweilige Einordnung in eine „Übersicht“ erschwert. Die Schwierigkeit liegt in der Grundproblematik selbst: *Politische* Verfolgung, *politische* Fälle (auch sog. „Disziplinarverstöße“, polizeiliche Ermittlungen, Gerichtsurteile) reichen von gezielten Gruppenaktionen von Studierenden über spontane, antiautoritäre, oft auch im (Alkohol-)Rausch ausgelebte Aktionen bis zu intellektuellen, bewusst dissidentischen Widerstandsformen.

Die Bewertung der Fälle, zumindest über die simple Aufstellung von Zwangs-Exmatrikulationen hinaus, konnte wieder nur *politischen*, nicht bloß *statistischen* Charakter haben. Es musste im Prozess der Ermittlung von damals betroffenen Studierenden also notwendig zur Erarbeitung von

zuverlässigen und nachvollziehbaren Kriterien für „politisch Verfolgte“ kommen.

Im ersten Stadium der Forschung wurde deshalb besonderer Wert gelegt auf Fälle von konkreten politischen Konflikten, die längere Zeit andauerten und Merkmale bewussten oppositionellen Verhaltens der Agierenden trugen. Freilich konnten diese Konflikte, wie es für die DDR-Realität typisch war, weit gefasst sein: Sie konnten das alltägliche Leben an der Universität betreffen, also die Bereiche Studium und Lehre. Darüber hinaus konnten sie sich aber auch auf das gesellschaftliche und persönliche Umfeld beziehen, etwa Leben im Wohnheim, Gedanken- und Redefreiheit, Glauben, politische Ansichten, Stellung zum staatlichen Gewaltmonopol – NVA, MfS, Volkspolizei –, auch zur Kulturpolitik usw.

Nach jahrelangem gründlichen Studium von mehr als 200 einzelnen Disziplinarakten sowie sechs Sammelakten zum Disziplinalgeschehen und dem glücklicherweise erhalten gebliebenen dicken „Disziplinarbuch“, das alle Fälle des Untersuchungszeitraums pedantisch mit Namen, Fach, Vergehen und Strafe aufführt, konnte für den geschichtspolitischen Auftrag eine erste näherungsweise Zahl von politisch Verfolgten zwischen 1961 und 1989 genannt werden: 44 Studierende. Aber diese Zahl war durchaus ungenau, da sowohl Namen als auch Akten erkennbar fehlten, als auch einige Studierende zweimal genannt wurden, deren „Vergehen“ sich durchaus unterschiedlich darstellten.²

Namen von Oppositionellen: Zustimmung der Betroffenen und Anonymisierung

Die scheinbar marginale Zahl von 40 bis 50 Studierenden, die zwischen 1961 und 1989 aus eindeutig politischen Gründen von der FSU Jena verwiesen wurden, ermöglicht keinesfalls eine *quantitative* Bewertung des Oppositionsmilieus. Die relativ geringe Zahl erlaubt aber, ein wesentliches Kriterium für die Aufarbeitung der Oppositionsgeschichte einzuführen: In die angedachte „Übersicht“ oder vergleichbare Erarbeitungen sollten prinzipiell namentlich nur Betroffene aufgeführt werden, die dazu schriftlich ihre Zustimmung gegeben haben. Das sollte sowohl davor schützen, die damals Verfolgten ungefragt als „Opfer“ oder gar „Helden“ in die Öffentlichkeit zu bringen, als auch dem Zeithistoriker damit eine angemäße Deutungshoheit zuzuschreiben.

² Zur Problematik des Umfangs von Fällen „politischer Verfolgung“ vgl. das Kapitel „5. Quellenlage, Archive und Sample“, in Morgner (2012: 87-101).

Die Gründe für die *methodische* Entscheidung waren also an erster Stelle *ethische* und danach auch *juristische*, denn jeder in eine Übersicht Eingordnete sollte vor der Überraschung und der fragwürdigen „Ehre“ geschützt werden, mit Personen in eine Reihe gestellt zu werden, von denen ihn mehr trennen als einen könnte. Die Praxis der Annäherung an die Schicksale der (zum größten Teil) noch unter uns lebenden ehemaligen Studierenden gab der geübten Vorsicht Recht.

Dennoch war das erste Resultat dieses Vorgehens eindeutig eine *positive Auswahl*,³ die zum Abschluss des Projektes doch noch zur Aufstellung einer Übersicht politisch Verfolgter (nach dem Mauerbau 1961) führte, wenn auch nicht in der anfangs angedachten Form. Am Ende des 2010 erschienenen Bandes „In die Mühlen geraten“, der Porträts recherchierter Personen enthält, heißt es:

„Ich bedanke mich bei den in diesem Band vorgestellten ehemaligen Studenten für die teils aufwändige Mitwirkung und ihr Verständnis für die gemeinsame Erinnerungsarbeit. [...] Ich widme dieses Buch [grafisch untereinander einzeln aufgeführt] Walther Bindemann, Guntram Clemens, Malte Jurgons, Roger Kirchner, Till Noack, Klaus Wagner, Olaf Weißbach und ganz besonders Hans-Peter Rönnefarth, der seine Hoffnungen auf ein menschenwürdiges Leben auch hinter den Gittern und Mauern von Gera und Cottbus bewahrte.“ (Morgner 2010: 390f.)

Mit diesen bewusst emotional gehaltenen Worten und einzeln aufgeführten Namen sollte ein erster ‚Fundus‘ geschaffen sein für eine Ehrentafel, die künftig im altehrwürdigen Hauptgebäude der FSU in Jena installiert werden kann. Man sollte da nichts überstürzen, sich auch geschichtspolitisch nicht auf „Jubiläums-Termine“ fixieren (lassen) – vor allem, um mit Bedacht weitere Namen in diesen Fundus aufzunehmen.

Gedenkzeichen und personelle Aspekte der Vergangenheitsaufarbeitung

Neben den für die FSU Jena verzeichneten beiden Gedenktafeln (Hechler/Pasternack 2011: 176f.), die nach 1990 angebracht wurden, gibt es in zwischen zwei weitere Aktivitäten, die man als Gedenkzeichen im Rahmen der Vergangenheitsaufarbeitung einordnen kann. Bemerkens- und begrüßenswert ist besonders die Benennung eines Hörsaals im seit 2005 der FSU übereigneten „Universitätsforum“ in „Matthias-Domaschk-Hör-

³ Ausführlich wird das Auswahlverfahren beschrieben im Abschnitt „Spuren von Opposition. Rückblick auf politisches Aufbegehren von Studierenden der Friedrich-Schiller-Universität Jena zwischen 1965 und 1989“, in Morgner (2010: 372-391).

saal“. Domaschk war 1982 während der Untersuchungshaft in der Bezirksverwaltung Gera des MfS ums Leben gekommen. Die Errichtung des Gebäudes, in dem sich der Hörsaal befindet, als Oberverwaltungsgericht (mit einer NS-belasteten Periode 1933–45) und seine spätere Nutzung als „Arbeiter-und-Bauern-Fakultät“ charakterisieren das Bauwerk selbst als Mahnmal für deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Dass die Benennung nach dem ‚Märtyrer‘ des antiautoritären jugendlichen Widerstandes in Jena (2009) von der Studentenschaft initiiert worden ist (auch, um die Namensgebung nach einem kommerziellen Sponsor zu verhindern), zeugt von einer verantwortlichen Erinnerungskultur an der FSU – auch wenn Matthias Domaschk selbst nie an der Friedrich-Schiller-Universität studiert hat.⁴

Auch im öffentlichen Raum der Stadt Jena wurde nach jahrelanger Diskussion am 17. Juni 2010 ein Denkmal eingeweiht, das ein breites Spektrum von politischer Unterdrückung, Verfolgung und den aktiven Kampf dagegen umfasst.⁵ Die Universität wird u.a. namentlich repräsentiert durch ihre auch überregional bekannten Oppositionellen Jürgen Fuchs und Roland Jahn.

Mit den Namen der beiden Beteiligten am studentischen Widerstand in den 1970er Jahren kann die oben genannte Übersicht politisch Verfolgter der FSU ebenso vervollständigt werden wie mit Lutz Rathenow und Siegfried Reiprich. Mit diesen Protagonisten aus der ‚ersten Reihe‘ der studentischen Opposition stößt man auf ein weiteres Phänomen des aktuellen Standes der Aufarbeitung der FSU-Geschichte: Einige der hier Genannten wurden nicht nur (teilweise bereits in den neunziger Jahren) von ihrer ehemaligen Hochschule rehabilitiert, sondern sie engagieren sich seit 1990 auch publizistisch und beruflich in der Diktaturaufarbeitung.

Für den früh verstorbenen Jürgen Fuchs stand diese Aufarbeitung im Zentrum seines politischen und schriftstellerischen Schaffens (vgl. Scheer 2007); er hinterlässt den folgenden Generationen mit seinen Publikationen wertvolle Erinnerungen zur ostdeutschen und osteuropäischen Diktaturerfahrung. Vier seiner Weggefährten an der FSU aus den 1970er Jahren füllen gegenwärtig wichtige Positionen in der Gedenk- und Aufarbeitungslandschaft aus: mit bundesweiter Bedeutung Roland Jahn als Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und Olaf Weißbach als Geschäftsführer der Robert-Have-

⁴ Vgl. <http://oldweb.geschichtswerkstatt-jena.de/index.php?id=v27> (27.9.2012)

⁵ Vgl. http://www.jena.de/kultur/kunst/_oeffentlicher_raum_und_baukultur/denkmal_fuer_verfolgten_/218922 (27.9.2012)

mann-Gesellschaft in Berlin; auf regionaler Ebene Lutz Rathenow als Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasiunterlagen und Siegfried Reiprich als Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Man kann davon ausgehen, dass diese ehemaligen Studenten der FSU Jena auch künftig die Aufklärung der jüngsten Universitätsgeschichte fördern werden.

Mit der Durchführung der Tagung „Politische Verfolgung an der Universität Jena von 1945 bis 1989“ am 28./29. November 2008 im Rahmen des Jenaer Universitätsjubiläums und dem danach veröffentlichten umfangreichen und repräsentativen Tagungsband (Kaiser/Mestrup 2012) konnte einerseits eine wichtige Periode der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung abgeschlossen werden; zum anderen wurde damit der Boden bereitet für künftige historiografische, politikwissenschaftliche und soziologische Forschungen. Denn trotz aller hier im Überblick skizzierten Klärungen, Erfolge und positive Wirkungen der Bemühungen um die Aufarbeitung der zweiten Periode der DDR-Geschichte an der FSU Jena entstanden auch Widersprüche, zeigten sich neue Konflikte und Desiderate.

Unterschiedliche Erfahrungen mit Zeitzeugen

Die folgenden Fälle von politischer Opposition von Studenten und die daraus resultierenden Probleme bei der zeitgeschichtlichen Betrachtung, Einordnung und Bewertung beschreiben unvorhergesehene ‚Ränder‘ der Ereignisse und aufgedeckten Biografien. Nur wenige individuelle oder kollektive Widerstandshandlungen liefen ‚typisch‘ ab; es verblüfft geradezu die Vielfalt, die bei der Aufklärung ans Tageslicht trat. Der Bearbeiter wurde (neben pragmatischer und ehrlicher Unterstützung) freudig überrascht, aber auch verärgert, hinter Licht geführt, ja schockiert.

Eine der positiven Überraschungen war die Identifikation einer „Nebenfigur“, die sich als der weltweit bekannte „Plastinator“ Gunther von Hagens entpuppte. Sein damaliger Kommilitone Roger Kirchner geriet 1968/69 in die Fänge des MfS: Wegen angeblicher Mitwisserschaft um die von Gunther Liebchen (der ursprüngliche Name von Hagens‘) geplante Republikflucht wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren eröffnet. In der umfangreichen Akte Kirchners fand sich neben Vorwürfen, dass er die geplante Flucht seines Freundes nicht angezeigt habe, die Drohung mit Exmatrikulation. Kirchner wurde also eindeutig aus politischen Gründen verfolgt (vgl. Morgner 2010: 155-196).

Gunther Liebchen dagegen ging nach seiner Haft 1970 in den Westen; im Disziplinargeschehen der FSU Jena blieb davon keine Spur zurück, wird doch sein Name im „Disziplinarbuch“ nicht erwähnt. Dennoch ge-

hört der auffällige ehemalige Medizinstudent zur jüngsten Universitätsgeschichte, und die heute für das „Hochschul-Marketing“ Zuständigen sollten der umstrittenen Person Gunther von Hagens nicht ausweichen. Letztlich kann er als lebendiger Beweis dafür gelten, dass in diktatorischen Systemen kreative Individualisten, die eigene, vielleicht (!) geniale Wege suchen, keinen Platz und keinen Freiraum für extreme Ideen finden:

„1965 wird er in der [FSU] Jena für das Studium in der Fachrichtung Medizin immatrikuliert. Er erhält ein Stipendium in Höhe von 200 Mark monatlich. In einem Auskunftsbericht seines Seminar-Sekretärs im Rahmen des späteren Ermittlungsverfahrens gegen ihn heißt es: ‚Gunther Liebchen ist aber eine Persönlichkeit, die an Aufgaben nicht schematisch herangeht. Diese Eigenschaft und sein Ideenreichtum, der ihn manchmal die Realitäten vergessen ließ, führten dazu, daß er teilweise sehr eigenwillige und ungewohnte Arbeitsweisen entwickelte, die aber die Seminargruppe als Kollektiv in keiner Weise schädigten und im Gegenteil viele Kommilitonen zur Überprüfung ihrer eigenen Arbeit anregten.‘“ (Whalley/Wetz 2005: 13)

Auf die Bitte des bearbeitenden Historikers, seinen Namen und Auszüge aus den Akten im Zusammenhang mit der universitätsgeschichtlichen Aufarbeitung öffentlich verwenden zu können, antwortete von Hagens sofort im Stile kosmopolitischer Gelassenheit: zustimmend. Nur wenige Monate später, im Sommer 2009, hatte er seinen Auftritt im größten Hörsaal der Alma mater jenensis und zog damit viele hundert Studenten und Mitarbeiter an. Die Lokalpresse berichtete ausführlich über den Neuerer und dokumentierte nach seiner offenen, übernervösen „Vorstellung“ kontroverse Äußerungen vor allem aus den Reihen der Medizinstudenten. Das Ereignis kann als Beleg dafür gelten, dass in Kreisen der Universität Interesse am *Besonderen* der eigenen Geschichte vorhanden ist. Welche Universitätsleitung interessierte nicht das Alleinstellungsmerkmal, dass in ihren Hörsälen und Seminarräumen einer wie Gunther von Hagens seine ungewöhnliche Laufbahn begonnen hat – ganz gleich, ob man die Ergebnisse seiner aufsehenerregenden Arbeit als kreativer Forscher, „Künstler“ und Unternehmer gut heißt oder strikt ablehnt.

Freilich spielt auch bei der Aufarbeitung von widerständigem Verhalten an Hochschulen die Staatssicherheit eine besondere Rolle, finden sich doch auch unter den Oppositionellen Personen, die mit typischen Geheimdienstmethoden zur Mitarbeit verleitet oder gezwungen wurden. Deshalb musste die nachträgliche und wiederholte Prüfung einer Zusammenarbeit mit dem inneren Geheimdienst der DDR als „IM“ (Spitzel) ein weiteres Kriterium für die Aufarbeitung der Vorgänge in den Akten sein. Eine namentliche Liste von widerständigen Studenten würde kaum öffentliche

Akzeptanz finden, wenn nur einer davon sich als Zuträger erweisen würde.

Aus diesem Grunde wirkte die 1991 bekannt gewordene Spitzeltätigkeit des vormaligen Theologiestudenten Michael Stanescu, der zur einzigen im engeren Sinne politischen Widerstandsgruppe im Untersuchungszeitraum zählte, als Warnsignal: Jeder der für die Übersicht in Frage kommenden Kandidaten musste durch BStU-Akteneinsicht oder durch gezielte Befragung in den geführten lebensgeschichtlichen Interviews auf seine Verbindungen zum Herrschaftsapparat überprüft werden. Dies war bei Michael Stanescu nicht mehr möglich (er verstarb 1996), aber auch durch seine Selbstenttarnung nicht notwendig.⁶ Auch künftig bleibt die mögliche Verstrickung von Studenten und Universitätsmitarbeitern in die repressiven Strukturen des SED-Machtapparates eine wichtige Problematik der verantwortlichen Aufklärung von Oppositionsvorgängen.⁷

Dass die alten Apparate in einem überschaubaren gesellschaftspolitischen Raum wie dem der Jenaer Stadt-Provinz bis in die Gegenwart fortwirken, darauf verweist der Fall eines Jurastudenten. Er hatte nach den brutalen Vorgängen auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ in Peking mutig dem Deutungsmonopol der Partei widersprochen und wurde daraufhin von der FSU verwiesen. Seine Mitarbeit an der Aufklärung der Vorgänge stellte er nach der ersten Interviewphase ein. Ebenso zog ein Mitte der 1980er Jahre zwangsexmatrikulierter Germanistikstudent sein anfängliches Interesse zurück, obwohl er 1992 einen klugen Beitrag zur Aufarbeitung geleistet hatte. Nicht nur in diesen beiden Fällen könnte die fortgesetzte Existenz und Ausbreitung der von Ilko-Sascha Kowalczuk (2011: 368) als „Verdrängungsallianz“ und „Schweigekartell“ bezeichneten ‚nachhaltigen‘ (Macht-)Strukturen vermutet werden, die an einer weiteren Aufklärung aus unterschiedlichen Motiven nicht interessiert sind.

Im Gegensatz dazu sah sich der Verfasser selbst gezwungen, die Zusammenarbeit mit einem zweifellos aus politischen Gründen Exmatrikulierten zu beenden, weil dieser zu einer gesellschaftlich isolierten Randgruppe gehört. Schon im ersten Interview „outete“ sich der ehemalige Medizinstudent als „bekennender“ Pädophiler, der selbst nicht sicher war, ob er als politischer Gegner des SED-Staats öffentlich genannt werden wollte. Hier musste der wissenschaftliche Bearbeiter die ethisch-morali-

⁶ Zum Schicksal des Studenten vgl. Kaiser (2012: 344f.)

⁷ In den bisher untersuchten Biografien oppositioneller Studierender an der FSU Jena gibt es viele Fälle, in denen das MfS versuchte, die Betroffenen zu einer „Zusammenarbeit“ zu bewegen (werben, nötigen). Bei den im Porträtband „In die Mühlen geraten“ (Morgner 2010) dokumentierten Fällen trifft dies z.B. für Roger Kirchner und Till Noack zu.

sche Reißleine ziehen und die „Aufklärung“ der Vorgänge um den damals in seinem Studium eindeutig *politisch* Oppositionellen beenden. Wie in historisch vergleichbaren Fällen⁸ hätte eine Skandalisierung durch drohende *kriminelle* Verfolgung in der Gegenwart einen Schatten auf die politisch Verfolgten als zu ehrende ‚Gruppe‘ geworfen.

Mit den zuletzt geschilderten Versuchen von Aufarbeitung jüngster Universitätsgeschichte drängt sich das Verfahren der „Anonymisierung“ ins Zentrum der Problematik: Da wir es unzweifelhaft mit einer Periode der Zeitgeschichte zu tun haben, in der die „Geschichte noch qualmt“ (Tuchman 1982: 32) muss das Recht auf Schutz der Persönlichkeit beachtet werden. Diese Tatsache beeinflusst den Prozess der Aufklärung erheblich.

Alte Spuren von rechtsextremer und rassistischer Opposition

Dass Zeitgeschichte nicht nur „noch qualmt“, sondern aus der Glut neue Flammen züngeln können, musste die Universitätsstadt Jena in den vergangenen Monaten (scheinbar überrascht) konstatieren: Warum trifft das aktive Aufleben von Rechtsradikalismus ausgerechnet uns, wunderten sich Politiker und an Geschichte wenig interessierte Normalbürger. Dabei gab es Hinweise, Mahnungen und Aufklärung genug, die jedem zugänglich waren.⁹ Auch die Qualmwolken durch die „Skandalisierungen“ mehrerer Konfliktthemen Anfang der 2000er Jahre, die Diskussion um die Beteiligung zweier Jenaer Medizinprofessoren an der NS-Euthanasie, waren noch nicht vergessen, vielleicht nur im vorausseilenden Verdrängungsgehorsam verharmlost worden (vgl. Götz Aly 2003).

Aus Disziplinarakten von Studenten in den Jahren von 1961 bis 1989 sind mehrere Fälle von „politischer Opposition“ bekannt, die im Wesen rassistische, nationalistische und faschistoide Ursachen aufweisen. Muss es als Tatsache akzeptiert werden, dass auch solche im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ DDR zweifellos *oppositionell* agierenden Studierende unter dem Etikett „politisch Verfolgte“ öffentlich gemacht werden können? Sollten diese gar in eine Übersicht namentlich aufgenommen oder auf ei-

⁸ Ein Beispiel aus der jüngsten deutschen Geschichte ist Felix Graf von Luckner, der in der SBZ/DDR für seine politisch mutige und lobenswerte Tat zur Rettung der Stadt Halle vor der Zerstörung 1945 keine öffentliche Ehrung erfuhr. Von Luckner war bereits Ende der 1930er Jahre von den Nazis wegen juristisch bewiesener pädophiler Mißbrauchsfälle aus der Öffentlichkeit verbannt worden. Vgl. de.wikipedia.org/wiki/Felix_Graf_von_Luckner.

⁹ Hier soll lediglich auf die auf jahrelange Forschung Jenaer FSU-Historiker verwiesen werden, vgl. Hoßfeld et al. (2003)

ner Ehrentafel verzeichnet werden, weil sie wegen antikommunistischer oder ideologisch eindeutig staatsfeindlicher Äußerungen von der FSU verwiesen, also zwangsexmatrikuliert wurden? Sollten sie bei der Aufarbeitung der neuesten Universitätsgeschichte Jenas überhaupt berücksichtigt werden?

Um solche Fragen schon jetzt, nur 25-50 Jahre nach den damaligen Ereignissen, die aus der Sicht der Rechtsprechenden der FSU Jena „Disziplinstöße“ waren, stellen zu können, sind die Verbrechen der aus Jena stammenden, noch jugendlichen Täter der Gruppe „NSU“ aktueller Grund genug. Deshalb hier zwei Beispiele für rechtsextremes und rassistisches Verhalten von Jenaer Studenten:

Der Student K. (1977 immatrikuliert) gebärdete sich innerhalb seiner Seminargruppe als „Eigenbrötler“. Was er schon während der ersten Monate des Medizinstudiums (!) offen geäußert hatte, gehörte nicht zur marxistisch-leninistischen Ideologie:

„Ein weiterer, sehr erschreckender Aspekt sind seine inhumanen Ansichten. Ein Beispiel: In einer Diskussion im Mikroskopiesaal brachte er anhand eines Präparates von einem Menschenaffen gegenüber einem Mitstudenten zum Ausdruck, daß das Injizieren und die spätere Präparation Tierquälerei sei und daß er solche Versuche nur an Sträflingen und Häftlingen ausführen würde. In einem weiteren Gespräch sagte er, daß es noch viel zu viel dumme Menschen auf der Erde gäbe und man die Menschheit auf $\frac{1}{4}$ reduzieren könnte. Mit dem intelligenten Rest könne man dann eine wirklich bewohnbare Umwelt aufbauen. [...] In diesen Standpunkten bringt er eindeutig faschistisches Gedankengut zum Ausdruck, das jeden Bürger unseres Staates bedroht und nicht mit dem Ethos eines Arztes zu vereinbaren ist. In heftigen Diskussionen wiesen die in diese Gespräche verwickelten Studenten diese Meinungen zurück“ (Morgner 2012: 164),

so heißt es in einer Stellungnahme der Seminargruppe. Der politisch und ethisch fehlgeleitete Medizinstudent wurde dann auch,

„weil er schwerwiegend gegen Normen des politisch-moralischen Verhaltens eines Studierenden an einer Hochschule verstoßen hat, *zeitweilig vom Studium an allen Hoch- und Fachschulen der DDR ausgeschlossen*, für *ständig* jedoch vom Studium der Humanmedizin.“ (Ebd.: 166)

Zehn Jahre später, kurz vor dem Zusammenbruch der DDR 1988, ließ sogar ein Studierender an der Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie die Maske der „internationalistischen Solidarität“ fallen. Die Entscheidung der Disziplinarkommission der FSU vom 2. November 1988 („Ausschluss vom Studium“, begrenzt auf zwei Jahre) wurde wie folgt begründet:

„Die Disziplinarverhandlung hat ergeben, daß Herr L. über einen längeren Zeitraum hinweg Äußerungen gegenüber ausländischen Studenten vorgenommen hat, die diese beleidigt haben. Infolge dessen kam es durch Herrn

L.s schuldhaftes Verhalten zu erheblichen Diskrepanzen zwischen ihm, ausländischen Studierenden sowie seinem Studentenkollektiv. Der Vorwurf, daß Herr L. schwerwiegend gegen Normen des politisch-moralischen Verhaltens eines Studierenden an einer Hochschule der DDR verstoßen hat wurde in der Disziplinarverhandlung durch Teilgeständnisse des Beschuldigten sowie durch Zeugenaussagen erbracht. Insbesondere hat Herr L. zugegeben, daß er folgendes z. T. in der Öffentlichkeit (im Bus) geäußert hat: 1. einen Studierenden aus Togo hat er angeherrscht, daß er seine Finger von den Tasten seines Recorders nehmen solle, weil dieser sonst ‚schwarz‘ würde. Außerdem sähe das gemeinsam bewohnte Zimmer infolge des Verhaltens des Studenten aus Togo wie ein ‚Schweinestall‘ aus. 2. Einem DDR-Studenten hat er gesagt, daß Vietnamesen ‚stinken‘ (in der Verhandlung wurde von Herrn L. gesagt, daß das auf ihren Knoblauchgeruch zurückzuführen sei). [...] 4. Herr L. gab an, daß er insbesondere in Dresden Mädchen und Frauen aus der DDR vor intimen Annäherungsversuchen, meist durch farbige Ausländer, schützen mußte. Das seien häufige und typische Vorgänge.“ (ebd., anliegende CD: 166f.)¹⁰

Folgerungen

Nüchterne Befunde aus kontinuierlich betriebener zeitgeschichtlicher Hochschulforschung müssen nicht zu aufgeregter „Skandalisierung“ führen – im Gegenteil: Sie könnten und sollten einen permanenten Diskurs an den Universitäten und in der Öffentlichkeit anregen. Aus den Ergebnissen wissenschaftlicher Qualifikationsschriften sind objektivierende Einsichten zum studentengeschichtlichen Erbe der DDR bzw. Ostdeutschlands zu erwarten, die auch in die aktuelle Lehre einfließen könnten. So stellt man sich z.B. gegenwärtig am Historischen Institut der FSU Jena der Geschichte und Gegenwart des Rechtsradikalismus.¹¹ Zielgerichtete zeitgeschichtliche Hochschulforschung kann zu einem Wissensfundus führen, der die Möglichkeit der „Selbstaufklärung“ ebenso einschließt, wie er eine überlegte, nicht notwendig ‚schwarz-weiße‘ Marketing-Strategie der Universität ermöglicht (vgl. Hechler/Pasternack 2011: 10).

Aus diesem Blickwinkel sollten überraschende, auch *negative* Einsichten in den Alltag von DDR-Studenten, wie man sie durch zeitgeschichtliche Aktenrecherchen gewinnen kann, nicht nur irritieren oder gar schockieren, sondern zum Vergleich mit der heutigen Realität anregen,

¹⁰ Vgl. dort auch den Vorgang der überraschenden, vorfristigen Löschung der „Disziplinarmaßnahme“ bereits im Sommer 1989.

¹¹ Zum Beispiel wurden im Sommersemester 2012 zwei Lehrveranstaltungen speziell zu diesem Themenkreis angeboten, vgl. Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 2012, <https://friedolin.uni-jena.de> (29.9.2012)

weil „die ostdeutschen Hochschulen eine besondere Verantwortung [haben], durch zeithistorisch sensibilisierte Absolventenkohorten einen Beitrag zu demokratischen Lernprozessen der (ostdeutschen Teil-)Gesellschaft zu leisten“ (ebd.: 12).

Literatur

- Aly, Götz (2003): Jena und seine Vorbilder, in: Berliner Zeitung vom 28. Juli 2003.
- Eckert, Rainer (2007): Plädoyer für eine verstärkte Erforschung von Opposition und Widerstand an den ostdeutschen Universitäten nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur. In: Hoßfeld, Uwe/ Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz (Hrsg.): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990), Bd.2: Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 2166-2169.
- Eckert, Rainer (2012): Politische Repression, Opposition und Widerstand an ostdeutschen Universitäten unter der kommunistischen Diktatur. Erfolge und Defizite ihrer Erforschung und Darstellung. In: Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz (Hrsg.): Politische Verfolgung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1945 bis 1989. Wissenschaftliche Studien und persönliche Reflexionen zur Vergangenheitsklärung. Berlin: Metropol, 63-85.
- Hechler, Daniel/Pasternack, Peer (2011): Deutungskompetenz in der Selbstanwendung. Der Umgang der ostdeutschen Hochschulen mit ihrer Zeitgeschichte (HoF-Arbeitsbericht 1'11). Halle-Wittenberg.
- Hoßfeld, Uwe/John, Jürgen/Lemuth, Oliver/Stutz, Rüdiger (Hrsg.) (2003): „Kämpferische Wissenschaft“. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Hoßfeld, Uwe/Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz (Hrsg.) (2007): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990), Bd.2. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Kaiser, Tobias (2012): Ein anderes Schicksal der ‚68er‘-Flugblattaktion. Eine Bemerkung zu Michael ‚Konstantin‘ Stanescu (IM ‚Bartholomäus Runge‘), in: Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz (Hrsg.) (2012): Politische Verfolgung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1945 bis 1989. Wissenschaftliche Studien und persönliche Reflexionen zur Vergangenheitsklärung. Berlin: Metropol, 344f.
- Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz (Hrsg.) (2012): Politische Verfolgung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1945 bis 1989. Wissenschaftliche Studien und persönliche Reflexionen zur Vergangenheitsklärung. Berlin: Metropol.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2011): Die Hochschulen und die Revolution 1989/90. Ein Tagungsbeitrag und seine Folgen. In: Schröder, Benjamin/Staadt, Jochen (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an der Hochschulen der SBZ/DDR. Frankfurt am Main: Peter Lang, 365-408.
- Morgner, Martin (2007): Auf der Suche nach Spuren von Andersdenkenden an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1961 bis 1989. In: Hoßfeld, Uwe/ Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz (Hrsg.): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945-1990), Bd.2: Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 2240-2256.
- Morgner, Martin (2010): In die Mühlen geraten. Porträts von politisch verfolgten Studenten der Friedrich-Schiller-Universität Jena zwischen 1967 und 1984. Weimar/Eisenach: Wartburg-Verlag.

- Morgner, Martin (2012): DDR-Studenten zwischen Anpassung und Ausrasten. Disziplinarfälle an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1965 bis 1989. Leipzig: Universitätsverlag.
- Scheer, Udo (2007): Jürgen Fuchs. Ein literarischer Weg in die Opposition. Inhaftiert in Berlin-Hohenschönhausen. Berlin: Links.
- Tuchman, Barbara (1982): Geschichte denken. Essays, Düsseldorf: Classen.
- Whalley, Angelina/Wetz, Franz Josef (Hrsg.) (2005): Der Grenzgänger. Begegnungen mit Gunther von Hagens. Heidelberg: Arts & Sciences.

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg
<http://www.diehochschule.de>

Kontakt:

Redaktion: Tel. 03491/87 62 090, Fax: 03491/466 255;

eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN: 978-3-937573-37-3

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: <http://www.diehochschule.de> >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack (Direktion) und Anke Burkhardt (Geschäftsführung). Durch einen Kooperationsvertrag ist HoF mit dem WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg (www.wzw-lsa.de) verbunden.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatter“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (http://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“ bei der Akademischen Verlagsanstalt Leipzig. Ein quartalsweise erscheinender HoF-Newsletter kann unter <http://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews> abonniert werden.

*Umschlagseite: Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Zentrum der Humboldt-Universität zu Berlin,
Fotografie: Stefan Heidemann (Berlin), www.modigrafie.de
Cartoon Umschlagrückseite: Dirk Meissner, Köln*

FORUM

Tobias Sander:

Hochschule und soziale Ungleichheit. Ein Überblick mit Anregungen5

Tobias Peter:

Governing by Excellence. Karriere und Konturen
einer politischen Rationalität des Bildungssystems.....21

Stefanie Giese; Franziska Otte;

Matthias-Wolfgang Stoetzer; Christian Berger:

Erfolgreich studieren in betriebswirtschaftlichen Studiengängen.
Eine empirische Analyse der Einflussfaktoren.....40

Jan Fendler; Eva Burmeister:

Konzeption eines lernerorientierten hochschuldidaktischen
Qualifikationsprogramms „Basic“.....56

Jan-Christoph Rogge; Tim Flink; Simon Roßmann; Dagmar Simon:

Auf Profilsuche. Grenzen einer ausdifferenzierten Hochschullandschaft68

Ewald Scherm:

Die „unternehmerische“ Universität:
Vom Reformleitbild zum Managementalltag.....85

Heinke Röbbken; Marcel Schütz:

Hochschulräte. Eine empirische Bestandsaufnahme
ihrer Zusammensetzung96

GESCHICHTE

Martin Morgner:

Erfahrungen einer Recherche. Zur differenzierten Betrachtung
und Aufklärung von studentischer politischer Opposition
an DDR-Hochschulen nach 1961 109

Christian Siegel:

Die Kunstsammlung der Hochschule Merseburg.
Erbe, Tradition und Zukunftsvision 123

PUBLIKATIONEN

Peter Kossack, Uta Lehmann, Joachim Ludwig:

Die Studieneingangsphase – Analyse, Gestaltung und Entwicklung
(*Sarah Schmid*) 137

Peer Pasternack; Daniel Hechler:

Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen
in Ostdeutschland seit 1945 142

Autorinnen & Autoren 161

Autorinnen & Autoren

Christian Berger, B.A., Masterstudent am Fachbereich Betriebswirtschaft an der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena. eMail: Christian.Berger@stud.fh-jena.de

Eva Burmeister, Dr. phil., Schulleiterin des Angergymnasiums Jena und ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, eMail: schulleiter@angergymnasium.jena.de

Jan Fendler Dr. phil. Hochschuldidaktiker an der FH Kaiserslautern und ehemaliger Projektkoordinator des Universitätsprojekts LehreLernen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, eMail: jan.fendler@fh-kl.de

Tim Flink, Dipl. Pol., wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. eMail: tim.flink@wzb.eu

Stefanie Giese, B.A., Masterstudent am Fachbereich Betriebswirtschaft an der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena. eMail: Stefanie.Giese@stud.fh-jena.de

Daniel Hechler M.A., Forschungsreferent am WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg. eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Martin Morgner, Dr. phil., Historisches Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena. eMail: martin.morgner@uni-jena.de

Franziska Otte, B.A., Masterstudent am Fachbereich Betriebswirtschaft an der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena. eMail: Franziska.Otte@stud.fh-jena.de

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Wissenschaftlicher Leiter WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>

Tobias Peter, Dr. rer. pol., Institut für Soziologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, DFG-Forscherguppe „Mechanismen der Elitebildung im deutschen Bildungssystem“ (FOR 1612). eMail: tobias.peter@soziologie.uni-freiburg.de

Heinke Röbbken, Prof. Dr. rer. pol., Dipl.-Ök., Arbeitsbereich Weiterbildung und Bildungsmanagement, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. eMail: heinke.roebken@uni-oldenburg.de

Jan-Christoph Rogge M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Soziologie, Technische Universität Berlin sowie Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. eMail: jan-christoph.rogge@tu-berlin.de

Simon Roßmann, Dipl. Soz., wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. eMail: simon.rossmann@wzb.eu

Tobias Sander, Dr. phil., Leiter des Bereichs Studium und Lehre an der Hochschule Hannover. eMail: tobias.sander@fh-hannover.de

Ewald Scherm, Univ.-Prof. Dr., Lehrstuhl für BWL, insb. Organisation und Planung an der FernUniversität in Hagen. eMail: Lehrstuhl.Scherm@FernUni-Hagen.de

Sarah Schmid M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Hochschulforschung (HoF) Halle-Wittenberg. eMail: sarah.schmid@hof.uni-halle.de

Marcel Schütz M.A., Arbeitsbereich Weiterbildung und Bildungsmanagement, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. eMail: marcel.schuetz@uni-oldenburg.de

Christian Siegel, Dipl. Restaurator, Lehrkraft für besondere Aufgaben (Bereich Künstlerische Grundlagen) an der Hochschule Merseburg. eMail: christian.siegel@hs-merseburg.de

Dagmar Simon, Dr. rer. pol., Leiterin der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). eMail: dagmar.simon@wzb.eu

Matthias-Wolfgang Stoetzer, Prof. Dr. rer. oec., Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena. eMail: Matthias.Stoetzer@fh-jena.de